

Prüfsteine für den Millennium+5-Gipfel

VON SOCIAL WATCH

Vom 14. bis zum 16. September 2005 wird die bisherige Umsetzung der Millenniumserklärung aus dem Jahr 2000 bewertet. Zur Zeit ihrer Verabschiedung sah man sie als Agenda für die Überwindung der Armut zu Beginn des neuen Jahrtausends an.

Die Millenniumserklärung baut auf den Verpflichtungen auf, die die internationale Gemeinschaft im vorangegangenen Jahrzehnt in einer Reihe von Konferenzen und Gipfeltreffen eingegangen war – einschließlich derer, die sich mit den Themen Umwelt, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung und -gerechtigkeit, soziale Entwicklung, Kinderrechte, Bevölkerung, sexuelle und reproduktive Rechte, mit dem Recht auf Unterkunft sowie der Beseitigung von Rassismus und Diskriminierung befassten. Als Teil dieser Verpflichtungen erkannte der Weltsozialgipfel 1995 an, dass die Beseitigung der Armut erreichbar sei und verabschiedete eine Strategie, um dieses Ziel zu erreichen. Diese Strategie basierte auf einem umfassenden Konzept von Entwicklung, das sich nicht auf Armutsbekämpfung beschränkte, sondern Vollbeschäftigung und soziale Integration als ebenso wichtige Aspekte ansah.

Die Zivilgesellschaft spielte eine aktive Rolle während der Konferenzen der 90er Jahre. Sie forderte die Regierungen auf, zeitlich gebundene Verpflichtungen einzugehen, um Entwicklung zu fördern, Armut zu überwinden, Vollbeschäftigung zu schaffen und soziale Ausgrenzung zu vermindern. Das Engagement der Zivilgesellschaft in diesen Prozessen führte überall in der Welt zu Koalitionen, die aktiv die Umsetzung der von den Regierungen eingegangenen Verpflichtungen überwachen.

Seit dem Millenniumsgipfel im Jahre 2000 haben eine Reihe bedeutender Ereignisse die internationale Gemeinschaft erschüttert – von den Angriffen auf die USA 2001 und den anschlie-

ßenden militärischen Interventionen in Afghanistan und Irak bis hin zur Tsunamikatastrophe in Asien.

Das vorherrschende militärische Verständnis von Sicherheit basiert nicht auf der Vorstellung von Sicherheit für alle – menschliche Sicherheit (*Human Security*) in all ihren Dimensionen – sondern auf einem Konzept, das die Sicherheit für einige durch die Konzentration von Macht in den Händen weniger fördert.

Zusätzlich unterminierten die USA und ihre Alliierten durch ihre Doktrin unilateraler militärischen Handelns sowie durch einen Krieg, den sie ohne die Autorisierung der Weltgemeinschaft in Form einer Entscheidung des UN-Sicherheitsrates führten, den eigentlichen Zweck, für den die Vereinten Nationen gegründet wurden.

Sicherheit kann nicht durch Gewalt garantiert werden. Konflikte können nicht durch Waffen gelöst werden. Nur wenn wir uns mit den Ungleichheiten, die uns trennen, ernsthaft auseinandersetzen, soziale Gerechtigkeit fördern und Menschenrechte für alle sicher stellen, können wir darauf hoffen, eine stabile Zukunft zu erreichen.

Die Dringlichkeit, dieses zu tun, darf nicht unterschätzt werden. Die drohende Zerstörung des menschlichen Lebens in seiner jetzigen Form sowie die Bedrohung der heutigen Flora und Fauna durch die Erderwärmung werden noch nicht ausreichend thematisiert. Die Folgen für die Menschen werden allmählich spürbar, wobei die am stärksten marginalisierten Gruppen besonders betroffen sind. Auch wenn die Verwüstungen durch den asiatischen Tsunami keine Folge des Klimawandels sind, machen sie doch deutlich, wie verletzlich Gesellschaften sind.

Ohne Zweifel haben wir alle die Verantwortung dafür, dass die Bedrohungen für das Leben und die Nachhaltig-

keit unseres Planeten überwunden werden – nicht zuletzt durch einen verantwortungsvollen Lebensstil. Regierungen und Entscheidungsträger haben dabei eine besondere Verantwortung sicher zu stellen, dass staatliches Handeln die Umwelt nachhaltig schützt.

Die kolossale Zerstörung durch das Erdbeben im Indischen Ozean und den daraus resultierenden Tsunami hat nicht nur das Bewusstsein für die internationale Verantwortung gestärkt, sondern auch die unterschiedlichen Bedrohungen der Sicherheit von Menschen in unterschiedlichen Lebensumständen deutlich gemacht. Im Gegensatz zu dieser Katastrophe haben andere Krisen und das vermeidbare Sterben von Millionen von Menschen nicht zu den gleichen Konsequenzen geführt. Immerhin hat der Tsunami den Blick der Öffentlichkeit für die Komplexität und die ethisch nicht tolerierbare Ungleichheit zwischen den sehr Armen und den sehr Reichen geschärft.

Diese Ungleichheiten, die direkt zur Armut beitragen und diese aufrechterhalten, sind ein zentraler Aspekt von Instabilität.

Die Überprüfung der Millenniumserklärung und die Positionen, die die Regierungen im Vorfeld des Millennium+5-Gipfels einnehmen, müssen in diesem Lichte gesehen werden. Im September 2005 und in den Monaten davor hat die internationale Gemeinschaft die Chance, die entscheidenden Herausforderungen unserer Zeit in Angriff zu nehmen und eine ambitionierte Strategie zu entwerfen, die notwendig ist, um die Zukunft der nachfolgenden Generationen zu sichern. Die Anerkennung aller Menschenrechte muss dabei ein leitendes Prinzip sein.

Für einen Erfolg ist es nötig, alle zivilgesellschaftlichen Gruppen einzubeziehen, sowohl in der Vorbereitung auf den Gipfel als auch beim Gipfel selbst. Die Menschen überall in dieser Welt wis-

sen, was auf dem Spiel steht. Diejenigen, die den Tsunami in Asien überlebt haben, wissen, wie fragil das Leben ist. Die Flüchtlinge im Darfur kennen die Folgen von Unsicherheit. Gemeinden, die von HIV/AIDS dezimiert wurden, kämpfen um ihr Überleben. Bauern, die ihre Lebensgrundlage und die ihrer Familien verloren haben, wissen, was es heißt, Not zu leiden. Für diese Menschen und die Millionen von Menschen, denen es ebenso ergeht, haben die Ungleichheiten in unserer Welt reale Konsequenzen. Auf der Grundlage ihrer Erfahrungen rufen zivilgesellschaftliche Organisationen die Staats- und Regierungschefs der internationalen Gemeinschaft auf, mutige und entschiedene Schritte zu unternehmen, wenn sie im September in New York zusammentreffen.

1. Von der Überwindung der Armut zur Verringerung der Ungleichheit

Die Welt hat die Mittel zur Beseitigung der Armut. Sie kann und muss sie nutzen. Hunger, Unterernährung und Armut sind ein Affront für die Menschheit und eine Missachtung grundlegender Menschenrechte. Wir haben deswegen die Verpflichtung, die Armut zu beseitigen und müssen alle möglichen Schritte unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen. Was bisher fehlt, ist der politische Wille, dieses in die Tat umzusetzen. Die internationale Gemeinschaft muss erneut ihre Verpflichtung bekräftigen, die Armut weltweit so schnell wie möglich zu beseitigen. Darüber hinaus muss jede Regierung ihre individuelle und kollektive Verpflichtung anerkennen, wirksame Strategien zur Beseitigung der Armut zu entwickeln. Armut basiert auf einer massiv ungleichen Einkommensverteilung, aber auch auf ungleicher Verteilung von Vermögen, ungleichen Zugangsmöglichkeiten zu Arbeit und Beschäftigung, sozialen Dienstleistungen und Vergünstigungen und auf der un-

gleichen Verteilung von politischer Macht, Zugang zu Informationen und politischer Partizipation. Sie ist vor allem das Ergebnis von tief verankerten und anhaltenden Ungleichgewichten im derzeitigen Weltwirtschaftssystem, die nach Meinung der Weltkommission über die soziale Dimension der Globalisierung „ethisch inakzeptabel und politisch nicht haltbar“ sind. Frauen gehören meistens zu denen, die unter diesen Ungleichheiten besonders leiden.

Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit sind die Hauptquellen von Instabilität und Konflikten auf nationaler und internationaler Ebene. Diejenigen, die ums Überleben kämpfen, streben nach dem Lebensnotwendigsten, während diejenigen, die mehr als genug haben, ihren Besitz verteidigen und allzu oft danach streben, noch mehr anzuhäufen. Eine angemessene Antwort auf die Armut wird nur in umfassenden Initiativen der Umverteilung gefunden werden, die alle Aspekte von Ungleichheit berücksichtigen und die Geschlechterdimension besonders beachten. Die Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) innerhalb der vereinbarten Frist ist nur der dringlichste Teil dessen, was nötig ist, um diesen Erfordernissen gerecht zu werden.

Sicherheit und Stabilität können nur erreicht werden, wenn soziale Gerechtigkeit gewährleistet ist, wenn das Recht eines jeden auf die Grundlagen des Lebens – Wasser, Gesundheit, Nahrung, Unterkunft – respektiert wird, und wenn alle gleichermaßen Zugang dazu haben.

Wir fordern die Regierungen auf sich zu verpflichten, die Armut zu beseitigen und soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Insbesondere fordern wir von ihnen

- **erneut die Überzeugung zu bestärken, dass Armut beseitigt werden kann, so wie es in Kopenhagen 1995 geschah;**

- **die Verpflichtung, Armut in allen Ländern bis zum Jahr 2025 zu beseitigen, wobei Armut in jedem Land auf Grundlage der nationalen Gegebenheiten definiert wird;**
- **die Verpflichtung, nationale Strategien zur Beseitigung der Armut in jedem Land bis 2007 festzulegen. Sie sollen in einem transparenten, konsultativen Prozess entstehen, an dem die Armen aktiv beteiligt sind;**
- **eine Politik zu verfolgen, die die Reduzierung von Ungleichheiten zum Ziel hat, einschließlich der Zusicherung des universellen und bezahlbaren Zugangs zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen, einer redistributiven Steuerpolitik und der Berücksichtigung grundlegender Arbeitsstandards;**
- **die Politik der Privatisierung und „Liberalisierung“ zu beenden, die zur Konzentration der öffentlichen Ressourcen in wenigen und oft nicht einheimischen Händen führt;**
- **die Berichts- und Überprüfungsanforderungen des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu stärken um eine häufigere und gründlichere Überprüfung der Erfüllung der Menschenrechtsverpflichtungen der Staaten gegenüber ihren Bürgern zu sichern;**
- **die Verpflichtung, regelmäßig dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen über Fortschritte bei der Umsetzung dieser Strategien zu berichten. Die ersten dieser Berichte sollten nicht später als 2007 erfolgen.**

2. Strategien für Entwicklung definieren: Die Rolle der Internationalen Finanzinstitutionen

Die Entwicklungsstrategien eines Landes sollten auf den Erfahrungen seiner Bevölkerung beruhen. Im Laufe der

letzten Jahrzehnte wurde sowohl die Vergabe von Entwicklungshilfe und Krediten als auch der Erlass von Schulden an umfassende makroökonomische Bedingungen geknüpft. Dies hatte katastrophale Folgen für die soziale Entwicklung. Strukturanpassungsprogramme, Liberalisierung und Privatisierung haben Ungleichheiten vergrößert, nicht verringert. Die größten Auswirkungen hatten sie auf Gruppen mit dem geringsten Zugang zu anständiger Arbeit und nachhaltigen Lebensgrundlagen. Für die Mehrheit der Menschen, die in Armut leben, unter ihnen ein überproportionaler Anteil an Frauen und Kindern, stellen Landwirtschaft und Fischerei die einzigen existenzsichernden Lebensgrundlagen dar.

Ökonomische Reformen, die den Entwicklungsländern auferlegt wurden, haben vor allem die exportorientierte Produktion von Rohstoffen gefördert, für die die Weltmarktpreise dramatisch gesunken sind. Sie führten außerdem zu einer verstärkten Ausrichtung der Landwirtschaft und der Fischerei auf die Interessen der Wirtschaft und damit zu einer zunehmender Verarmung weiterer Teile der Gesellschaften in Entwicklungsländern.

Die Idee, dass eine Ausweitung des Handels der Beseitigung von Armut dient, hat nicht funktioniert. Dies zeigen verschiedene statistische Analysen über die letzten 20 Jahre ökonomischer Entwicklung, die von Handelsliberalisierung und exportorientierten Wachstumsmodellen geprägt waren. Obwohl die Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung (*Poverty Reduction Strategy Papers*, PRSP) vom Internationalen Währungsfond (IWF) und von der Weltbank entwickelt wurden, um den negativen Effekten entgegenzuwirken, ist dieses bisher nicht geschehen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass weiterhin zahlreiche makroökonomische Bedingungen an die Vergabe von Entwicklungshilfe geknüpft werden. Kreditver-

handlungen werden immer noch hinter verschlossenen Türen von Finanzministerien und Zentralbanken geführt. Die gescheiterten makroökonomischen Politiken der Vergangenheit werden weiterhin propagiert.

Der Rückzug des Staates und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen – zum Beispiel im Bereich von Gesundheitsversorgung, Wasser und Bildung – erschweren zunehmend den Zugang derjenigen, die nicht in der Lage sind, für das zu zahlen, was grundlegende Menschenrechte darstellen. Die Globalisierung und Liberalisierung des Handels, sowie die Kommerzialisierung der Landwirtschaft und anderer Produktionsformen sollten nicht die maßgeblichen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft abgeben. Stattdessen sollten eine nachhaltige lokale Lebensführung, Ernährungssouveränität, ökologische Erneuerungsfähigkeit und soziale Belange die Leitlinien darstellen.

Wir fordern die Regierungen auf, Entwicklungsstrategien zu fördern, die auf den Bedürfnissen und Erfahrungen der jeweiligen Bevölkerung basieren. Insbesondere fordern wir

- **eine nationale Politikgestaltung zu stärken, die auf Bedürfnissen und Prioritäten gründet, die von der einheimischen Bevölkerung in partizipativen Prozessen definiert wurden. Die Politik sollte innerhalb eines rechtsstaatlichen Rahmen gewährleisten, dass die selbst definierten Interessen und Ziele von Straßenverkäufern, Industriearbeitern, Fischern und Landarbeitern eindeutig in den nationalen Entwicklungsstrategien Eingang finden;**
- **nationale Entwicklungsstrategien transparent zu erarbeiten, um dadurch die effektive Teilnahme einheimischer Interessengruppen bei der Formulierung nationaler Politik zu unterstützen;**

- **PRSPs zu formulieren, die tatsächlich im Rahmen nationaler Entscheidungsprozesse unter effektiver Beteiligung der Zivilgesellschaft entwickelt werden und gegenüber den nationalen Parlamenten rechenschaftspflichtig sind;**
- **Reformen im Agrar- und Wassersektor, die garantieren, dass Landwirte, Fischer und andere ländliche Gemeinschaften über Zugang, Kontrolle, Eigentum und die Verwaltung der produktiven Ressourcen verfügen. Besondere Bedeutung hat dabei, dass für Frauen die Kontrolle über und der Zugang zu Ressourcen wie Saatgut gewährleistet ist.**

3. Verwirklichung von Geschlechtergleichheit und -gerechtigkeit

Die Reduzierung der Armut und die Stärkung von Frauen hängen in vielerlei Hinsicht zusammen. Frauen stellen die Mehrheit der Armen dieser Welt dar und tragen oft die soziale und ökonomische Bürde, sich um die schwächsten Mitglieder der Gemeinschaft, wie zum Beispiel Kinder, Alte und Kranke, zu kümmern. Frauen und Mädchen, die in Armut leben, sind auch in größerer Gefahr, Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt zu werden. Zudem besteht bei ihnen eine größere Wahrscheinlichkeit, mit HIV/AIDS infiziert zu werden, bei Entbindungen zu sterben oder in die Sklaverei verkauft zu werden. Ökonomische Reformen, die die sozialen Pflichten des Staates abbauen und öffentliche Güter privatisieren, betreffen Frauen überproportional stark. Sie verschärfen zudem die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, da Frauen häufig gezwungen sind, die durch die Privatisierung entstehende Lücke auszufüllen. Gleichzeitig sind Frauen wichtige aktive Handlungsträger in jeder Strategie der Armutsbekämpfung. Die Beschränkung des freien Zugangs

von Frauen zum wirtschaftlichen Sektor und zum Arbeitsmarkt stellt nicht nur eine Verletzung ihrer grundlegenden Menschenrechte dar, sondern ist auch schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Geschlechtergleichheit und -gerechtigkeit stellen in sich selbst fundamentale Ziele dar und sind gleichzeitig essentielle Vorbedingungen für die Beseitigung der Armut.

Die MDGs, die die Stärkung Frauen betreffen (MDG 3 und 5), müssen verwirklicht werden, sind aber nicht ausreichend. Um wahre Geschlechtergleichheit zu erreichen, muss das Konzept in umfassender Weise verstanden werden und kann nicht nur auf die Indikatoren der MDGs beschränkt werden. Andere entscheidende Aspekte, wie zum Beispiel Frauen in Konflikten, Gewalt, sowie sexuelle und reproduktive Rechte, müssen ebenfalls klar und explizit thematisiert werden.

Die politische Erklärung, die von den Regierungen zehn Jahre nach der Weltfrauenkonferenz von Peking im März 2005 verabschiedet wurde, betont, „dass die vollständige und effektive Umsetzung der Erklärung und der Aktionsplattform von Peking wesentlich für die Verwirklichung der international vereinbarten Entwicklungsziele ist“ und unterstreicht „die Notwendigkeit sicherzustellen, dass die Gender-Perspektive in das hochrangige Plenumstreffen zur Überprüfung der Millenniumserklärung integriert wird“.

Wir fordern die Regierungen auf anzuerkennen, dass Geschlechtergleichheit und -gerechtigkeit für den Erfolg jeder Entwicklungsstrategie zentral ist. Insbesondere fordern wir

- **der Verwirklichung von Geschlechtergleichheit bei der Implementierung nationaler, regionaler und internationaler Entwicklungsstrategien besondere Bedeutung beizumessen, indem**

sinnvolle Ziele und Indikatoren zur Messung des Fortschritts eingerichtet werden;

- **explizite Maßnahmen zur Verwirklichung der Geschlechtergleichheit im Kontext des achten MDGs zu identifizieren. Dabei soll Gleichberechtigung der Geschlechter insbesondere innerhalb der PRSPs und der neuen Architektur der Entwicklungshilfe gefördert werden;**
- **einen Pakt zwischen Gebern und ihren Partnern, zehn Prozent der Mittel speziell zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit und zur Unterstützung des Empowerment von Frauen zu verwenden;**
- **ein Protokoll zur Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) zu verabschieden, um diese wirkungsvoller zu machen.**

4. Dringender Handlungsbedarf zum Schutz des Klimas

Die gegenwärtigen Entwicklungsstrategien der Menschheit bedrohen das komplexe ökologische Gleichgewicht unseres Planeten, das die Grundlage des Lebens darstellt, in noch nie da gewesenen Ausmaß. Unser Überleben hängt von sofortigen und radikalen Schritten zur Überwindung der Umweltbelastungen ab. Wir stellen schon jetzt eine zunehmende Bedrohung für Menschen überall auf der Welt fest. Diejenigen, die am meisten betroffen sind von den Folgen der Umweltzerstörung und dem ökologischen Wandel, sind auch diejenigen, die schon jetzt zu den Schwächsten gehören – vor allem die marginalisierten Gemeinden und die in Armut lebenden Menschen.

Dabei stellen die globale Erwärmung und die Veränderungen des globalen Klimas eine besondere Bedrohung dar. Erhöhte Temperaturen haben schon das Gletscherschmelzen in der Arktis be-

schleunigt und Vorraussagen schätzen, dass bis 2050 mehr als eine Million Arten verloren sein werden.

Die bisher unternommen Schritte waren langsam und unzulänglich. Die Weigerung mancher Nationen, das Kyoto-Protokoll zu unterschreiben, darf nicht verhindern, dass sofortige Schritte unternommen werden. Im Februar 2005 trat das Kyoto Protokoll in Kraft, und die Umsetzung der Emissionsreduktionen und Finanzierungsverpflichtungen müssen sofort weitergehen. Darüber hinaus müssen in Anbetracht der neuesten Anzeichen für die Geschwindigkeit und den Umfang der globalen Erwärmung neue, energischere Reduktionen der Treibhausgase vereinbart werden. Als Teil des notwendigen und radikalen Handelns müssen zukünftige Strategien der Energiegewinnung den erneuerbaren und sauberen Energiequellen Vorrang einräumen.

Wir fordern die Regierungen auf, sofortige und mutige Schritte zu unternehmen, um gegen den Klimawandel und die Zerstörung der Umwelt unseres Planeten vorzugehen. Insbesondere fordern wir

- **die ernsthaften und unmittelbaren Bedrohung, die der Klimawandel darstellt, ausdrücklich anzuerkennen;**
- **Maßnahmen zur Reduktion der Emissionen, die vom Kyoto-Protokoll vorgesehen sind, sofort umzusetzen;**
- **den dringend erforderlichen Beginn von Verhandlungen zur unmittelbaren Überarbeitung der existierenden Verpflichtungen, um sich auf langfristige Schritte in einem gerechten globalen Rahmen zu einigen, die die gefährlichsten Auswirkungen des Klimawandels abwenden;**
- **die notwendigen zusätzlichen finanziellen Ressourcen durch eine erhebliche Steigerung der**

Finanzmittel für die Globale Umweltfazilität (GEF) bereitzustellen, emissionsbezogene Abgaben für den internationalen Luftraum und die Ozeane und eine internationale Flugbenzinsteuern einzuführen;

- **Maßnahmen zu ergreifen, um die schwächsten Gemeinschaften auf die Auswirkungen der Klimaänderungen vorzubereiten, die nicht mehr abgewendet werden können sowie Maßnahmen, um die Flora und Fauna dieser Welt zu schützen;**
- **das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung zu bekräftigen – wie in der Rio-Deklaration vereinbart: Dementsprechend sollen die Länder die Kosten der Maßnahmen gegen den Klimawandel proportional zu ihrem Anteil an den verursachenden Faktoren tragen.**
- **die Verpflichtung, verstärkt erneuerbare Energien einzusetzen.**

5. Stopp der Militarisierung und Weiterverbreitung von Waffen

Die Hoffnung auf eine „Friedensdividende“ durch das Ende des Kalten Krieges hat sich nicht erfüllt. Statt dessen haben sich neue Formen der Militarisierung entwickelt, und Regierungen, Oppositionsbewegungen und andere Gruppen versuchen weiterhin, ihren Willen mit Waffengewalt durchzusetzen. Was auch immer die jeweilige Rechtfertigung war, in praktisch allen Fällen hat eine militärische Intervention nicht die erwünschte Stabilität gebracht. Im Gegenteil, das Ergebnis ist meist weniger Stabilität, wie es beispielsweise im Irak der Fall ist. Zusätzlich wird die Bereitstellung von humanitärer Hilfe, die auf nicht-diskriminierende Weise für alle direkt von Katastrophen und Konflikten betroffenen Menschen zur Verfügung stehen sollte, durch den Einsatz militärischen Perso-

nals verstärkt mit militärischen Zielen in Verbindung gebracht.

Der mit der Militarisierung zusammenhängende, weltweite Waffenhandel hat enorme menschliche Auswirkungen, verschärft Konflikte, fördert Unsicherheit und unterminiert die Entwicklung in einigen der ärmsten Regionen dieser Welt. Mindestens jede Minute wird irgendwo in der Welt jemand durch Waffengewalt getötet. In einer Vielzahl von Ländern werden wertvolle natürliche Ressourcen wie Diamanten und Kupfer gegen Waffen getauscht, um mit ihnen schreckliche Gräueltaten zu begehen. Frauen und Kinder sind besonders gefährdet; Frauen und Mädchen werden unter Waffeneinsatz vergewaltigt und circa 300.000 Kinder sind zu Soldaten in Konflikten überall in der Welt geworden.

Die Staaten, die am meisten von diesem Handel profitieren, sind die fünf ständigen Mitglieder des UN Sicherheitsrates. Auf sie entfallen zusammen ungefähr 80 Prozent aller bekannten Exporte konventioneller Waffen. Zwischen 1998 und 2001 haben die USA, Großbritannien und Frankreich mehr durch den Waffenhandel verdient, als sie zur internationalen Entwicklungshilfe beigetragen haben. Außerdem führte die Lockerung der Kontrollen bei dem Verkauf von Waffen nach dem 11. September 2001 zu deren weiterer Ausbreitung. Sie werden kontinuierlich in Länder geleitet, die die Menschenrechte unzureichend respektieren oder mehr für Verteidigung ausgeben als für die grundlegenden sozialen Dienstleistungen.

Wir fordern die Regierungen die Militärausgaben drastisch zu reduzieren und eine energische, rechtlich bindende Kontrolle beim Waffenhandel einzuführen. Insbesondere fordern wir

- **eine verbindliche Verpflichtung, die Militärausgaben in jedem**

Land bis zum Jahr 2015 mindestens zu halbieren und die hieraus entstehende „Friedensdividende“ für soziale und ökologische Zwecke zu verwenden;

- **eine verbindliche Verpflichtung, sich für eine generelle Abrüstung und das Verbot aller Atomwaffen und aller anderen Massenvernichtungswaffen einzusetzen;**
- **einen globalen Vertrag über Waffenhandel (*Arms Trade Treaty*) zu verabschieden, der sicher stellt, dass alle Regierungen Waffen gemäß derselben internationalen Standards kontrollieren;**
- **eine verbindliche Verpflichtung zur Beseitigung der Millionen von illegalen und überschüssigen Waffen, die zur Zeit im Umlauf sind;**
- **eine verbindliche Verpflichtung, die Neutralität und Unparteilichkeit der humanitären Hilfe und der Organisationen, die sie leisten, zu respektieren.**

6. Finanzierung von Entwicklung

Alle Menschen und Regierungen sind dafür verantwortlich, die finanziellen Mittel zur Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung zu mobilisieren – insbesondere die reicheren Nationen, Unternehmen und Individuen. Wie der Bericht des Millenniums-Projekts deutlich macht, ist das derzeitige Niveau der Entwicklungsfinanzierung ungenügend, um selbst die minimalen Ziele der MDGs zu erreichen. Hinzu kommt, dass viele Formen der Finanzierung, die angeblich für Entwicklung zur Verfügung gestellt werden, in Wirklichkeit gegen die Ziele arbeiten, die sie eigentlich fördern sollen. Wenngleich Handel und Investitionen von entscheidender Bedeutung sind, um die nötigen Ressourcen für nachhaltige Entwicklung zu mobilisieren, spielen sie bisher nur eine untergeordnete Rolle für Entwicklungsländer, besonders für die Länder mit niedrigem Einkommen.

Internationale Entwicklungsfinanzierung

Um die Verpflichtungen der internationalen Gemeinschaft zur Beseitigung der Armut zu erfüllen, ist es erforderlich, die verfügbaren Finanzmittel für Entwicklung von den reichen zu den armen Ländern real zu erhöhen, insbesondere durch:

➤ Erhöhung der Entwicklungshilfe

Für viele Länder mit niedrigem Einkommen ist Entwicklungshilfe die wichtigste Quelle der Entwicklungsfinanzierung. Für diese Länder bedeutet sie auch die einzige wirkliche Quelle für Investitionen in die grundlegende soziale Infrastruktur und ist notwendig für die Sicherung der Wohlfahrt und des Wohlergehens der Bevölkerung sowie die Armutsbekämpfung. Entwicklungshilfe kann nur wirksam sein, wenn sie nachhaltig und vorhersehbar ist und wenn sie zu den vom entsprechenden Land selbst entworfenen Entwicklungsstrategien beiträgt. Sie muss frei von Lieferbindungen der Geber sein, die nicht nur den Wert der Hilfe schmälern, sondern auch das Engagement eines Landes durch von außen auferlegte Entwicklungsstrategien beeinträchtigen.

Wir fordern die Regierungen auf, das Niveau der Entwicklungshilfe erheblich zu steigern, so dass die verabschiedeten Entwicklungsstrategien umgesetzt werden können. Insbesondere fordern wir

- die Verpflichtung zu einer sofortigen Verdopplung der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) bis 2006, um die MDGs zu finanzieren;
- die Verpflichtung jeder Geberregierung, bis spätestens 2015 mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zur Verfügung zu stellen;
- auf dem Gipfel im September von jeder Geberregierung, die das 0,7-Prozent-Ziel noch nicht erreicht hat, einen verbindlichen

Zeitplan zur seiner Verwirklichung.

➤ Schuldenstreichungen

Obwohl von vielen anerkannt wird, dass der Schuldendienst vieler Entwicklungsländer die eigene Entwicklung unterminiert, wurden bislang nur unzureichende Schritte eingeleitet, um tragfähige Schuldenniveaus zu erreichen.

Wir fordern die Regierungen auf, Maßnahmen zu ergreifen, die ein für alle mal das nicht tragfähige Niveau der Verschuldung aller Entwicklungsländer mit niedrigem oder mittlerem Einkommen reduzieren. Die Tragfähigkeit der Verschuldung muss unter anderem daran gemessen werden, inwieweit die verschuldeten Länder die MDGs verwirklichen können. Insbesondere fordern wir

- die vollständige Streichung von Schulden, wo diese die Fähigkeit eines Landes, die MDGs zu verwirklichen, unterminieren;
- über die HIPC-Initiative (hoch verschuldete, arme Länder) hinausgehende erhebliche Schuldenstreichungen für Entwicklungsländer mit niedrigem oder mittlerem Einkommen;
- unverzüglich ein faires und transparentes Schiedsverfahren einzuführen, um die nicht tragfähigen Schuldenlasten zu behandeln. Zudem müssen die grundlegenden Bedürfnisse der Schuldner gewahrt bleiben, was die Einführung eines automatischen Schuldendienstmoratoriums einschließt. Dieses Verfahren muss von einem neutralen Entscheidungsorgan durchgeführt werden, das unabhängig von Finanzinstitutionen und der Welthandelsorganisation (WTO) ist;
- die Finanzierung der Schuldenerlasse zusätzlich zur Verpflichtung der Geber, 0,7 Prozent des BNE als ODA zur Verfügung zu stellen zu leisten;

- die Schuldenstreichungen unabhängig von wirtschaftspolitischen Konditionen, wie Privatisierung und Liberalisierung zu gewähren.

➤ Einführung internationaler Steuern

Die Notwendigkeit, neue Formen der internationalen Entwicklungsfinanzierung einzuführen, wird zunehmend anerkannt. Nun müssen Verpflichtungen eingegangen werden, um dies in die Tat umzusetzen. Viele der vorliegenden Vorschläge sind sowohl gerechtfertigt als auch realisierbar. In den meisten Fällen würde die Umsetzung der vorgeschlagenen Steuern nicht nur zusätzliche Mittel für Entwicklung bereitstellen, sondern auch eine konstruktive Rolle bei der Regulierung von Aktivitäten spielen, die das globale wirtschaftliche System destabilisieren oder sich negativ auf die Umwelt auswirken.

Wir fordern die Regierungen auf, neue Mechanismen zur Erhebung internationaler Steuern einzuführen, die nicht nur zusätzliche finanzielle Mittel für Entwicklung bereit stellen, sondern auch schädliche Prozesse regulieren. Insbesondere fordern wir

- die Verpflichtung zur Einrichtung internationaler Steuern auf Basis der derzeitigen Vorschläge. Dies gilt insbesondere für die Transaktionssteuer auf Devisengeschäfte (Tobin Tax) und die internationale Steuer auf Flugbenzin.
- die Verpflichtung, Systeme zum Informationsaustausch über grenzüberschreitende Finanztransfers zu entwickeln, und die globale Koordination bei der Besteuerung zu verstärken, um auf diese Weise sowohl die Steuereinnahmen zu steigern, als auch Korruption und Steuerflucht zu kontrollieren;
- die verbindliche Verpflichtung, Maßnahmen zu ergreifen, die zur sofortigen Abschaffung aller Steuerparadiese führen.

Mobilisierung heimischer Ressourcen für Entwicklung

Alle Regierungen haben die Verpflichtung, Mittel zur Finanzierung von Entwicklungsstrategien auch im eigenen Land zu mobilisieren, diese so effizient und effektiv wie möglich einzusetzen und über ihre Verwendung transparent und für die Bevölkerung zugänglich Rechenschaft abzulegen. Die Mobilisierung einheimischer Finanzmittel, insbesondere durch ein progressives Steuersystem und die Besteuerung von Unternehmen, ist außerdem ein wichtiges Instrument, um Ungleichheiten in der Gesellschaft zu beugehen.

Wir fordern die Regierungen auf, in allen Ländern faire Steuersysteme einzurichten. Insbesondere fordern wir

- **inländische, progressive Steuersysteme zu stärken;**
- **eine Verpflichtung, Transparenz bei Staatshaushalten einzuführen, einschließlich der Einführung des Gender-Budgeting, um die Rechenschaftspflicht der Regierungen für die Verwendung ihrer Ressourcen gegenüber ihren Bürgern zu erhöhen;**
- **eine internationale Konvention, um die Wiedererlangung und Repatriierung von Geldern, die illegal aus den nationalen Kassen der Entwicklungsländer entwendet wurden, zu erleichtern;**
- **ein multilaterales Abkommen über den wirksamen Austausch von Steuerinformationen zwischen Ländern, um dadurch Steuerflucht einzudämmen.**

7. Den Handel fair gestalten

Immer wieder wird betont, dass der internationale Handel erheblich mehr Potential zur Finanzierung von Entwicklung aufweist, als es die Entwicklungshilfe jemals haben kann. Dies kann aber nur der Fall sein, wenn die

internationalen Handelsregeln die Rechte und Bedürfnisse der Entwicklungsländer und ihrer Produzenten wirksam berücksichtigen. Gegenwärtig dient der Handel als Vehikel einer durchgängigen Liberalisierung der Ökonomien der Entwicklungsländer, anstatt nachhaltige Entwicklung, die Beseitigung der Armut und Geschlechtergerechtigkeit zu fördern. Handelspolitik muss fairen Handel unterstützen und nachhaltiger Entwicklung dienen. Handelsregeln und Handelspolitik müssen das Recht der Entwicklungsländer respektieren, ihre eigenen Entwicklungsprogramme zu verwirklichen, und die Interessen der Bevölkerung an die erste Stelle setzen. Dies schließt Maßnahmen ein, die die öffentlichen Dienstleistungen vor aufgezwingener Liberalisierung und Privatisierung schützen, das Recht auf Nahrung und einen finanzierbaren Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten sichern und die Verantwortung der Unternehmen stärken.

Für viele Entwicklungsländer bleibt der Export von ein oder zwei Rohstoffen die Hauptquelle ihrer Exporteinnahmen. Der Rückgang vieler Rohstoffpreise hat ihr Einkommen um bis zu 50 Prozent verringert. Dadurch vergrößerte sich ihre Abhängigkeit von Entwicklungshilfe während sich die Schuldentragfähigkeit reduzierte.

Wir fordern die Regierungen auf, dafür zu sorgen, dass das internationale Handelssystem fair und gerecht ist. Insbesondere fordern wir

- **die Abkehr von Konditionalitäten, die von den Internationalen Finanzinstitutionen und anderen Gebern mit der Vergabe von Entwicklungshilfe und dem Erlass von Schulden verknüpft werden, um die Handelspolitik der Entwicklungsländer zu beeinflussen;**
- **die wirksame und transparente Sonderbehandlung der Entwick-**

lungsländer im Welthandelssystem;

- **die Abschaffung aller Formen handelsverzerrender Subventionen in den reichen Ländern;**
- **die verstärkte Rechenschaftspflicht und Transparenz der Regierungen und internationalen Organisationen gegenüber der Bevölkerung bei der Formulierung internationaler Handelsregeln und nationaler Handelspolitik. Dabei muss die Vereinbarkeit der Handelspolitik mit den Arbeitnehmerrechten und den Menschenrechten im weiteren Sinne gesichert sein;**
- **effektive und transparente internationale Mechanismen, um die Rohstoffpreise zu stützen und die Entwicklungsländer bei Preisschwankungen zu kompensieren.**

8. Kampf gegen HIV/AIDS und andere Pandemien

Tod oder Arbeitsunfähigkeit aufgrund von Krankheiten sind oft vermeidbare menschliche Katastrophen, die in vielen Ländern ein ernsthaftes Entwicklungshemmnis darstellen. Überproportional häufig trifft es arme und marginalisierte Gemeinschaften, insbesondere diejenigen, die unzureichenden Zugang zu einer ausreichenden Gesundheitsversorgung haben.

HIV/AIDS stellt eine besondere Bedrohung dar. Das auf HIV/AIDS bezogene Millenniumsentwicklungsziel ist skandalös anspruchslos und unzulänglich in seiner Anerkennung lebensverlängernder Maßnahmen durch den Zugang zu Behandlungsmöglichkeiten. Auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen über HIV/AIDS 2001 haben die Mitgliedsstaaten ihrer Besorgnis Ausdruck verliehen, dass es sich bei der weltweiten HIV/AIDS-Epidemie um einen globalen Notfall handelt. Seit dem hat sich die Situation noch ver-

schlechtern. Auf der internationalen AIDS-Konferenz 2004 haben die Regierungen bestätigt, dass über 38 Millionen Menschen in der Welt mit AIDS leben, und dass die Epidemie sich in allen Regionen ausweitet.

HIV/AIDS wirkt sich auf die ärmsten Länder unverhältnismäßig stark aus. Die am meisten betroffene Region ist das subsaharische Afrika, wo fast 40 Prozent der Todesfälle durch AIDS zu verzeichnen sind. Die enormen Auswirkungen von HIV/AIDS und anderen behandelbaren Pandemien, wie Malaria oder Tuberkulose, sowohl auf die direkt betroffenen als auch auf ihre Verwandten und die Gemeinschaften, in denen sie leben, unterminieren die produktiven Kapazitäten in der Gegenwart und für die Zukunft.

Eine Behandlung für die Infizierten ist verfügbar, aber obwohl Millionen sie brauchen, haben nur ein paar Hunderttausend Zugang. Der Zugang zu Behandlungen wurde nicht nur durch soziale und kulturelle Haltungen und Stigmatisierung verzögert. Auch die Zurückhaltung der Regierungen, energisch die Initiative zu ergreifen und die Protektion, die der Pharmaindustrie gewährt wird, tragen dazu bei. Erst un-nachlässige und breite Kampagnen der Zivilgesellschaft und Demonstrationen haben dazu geführt, dass einige Regierungen freien Zugang zu Behandlungen ermöglicht haben, und dass die WTO widerwillig den Anspruch auf das Recht auf Gesundheit anerkannt hat.

Alle Maßnahmen müssen geschlechtsbewusst erfolgen, denn die Statistiken zeigen, dass 60 Prozent der mit HIV/AIDS infizierten Erwachsenen Frauen sind – wodurch die Stärkung von Frauen zu einem entscheidenden Thema im Kampf gegen HIV/AIDS wird. Zusätzlich müssen Maßnahmen, die die mit HIV/AIDS infizierten Kinder betreffen, besondere Beachtung finden. Dies

schließt die Kinder ein, die durch die Krankheit verwaist sind.

Wir fordern die Regierungen auf, den Kampf gegen die Pandemien, die zahllose Gemeinden verwüsten, entschieden aufzunehmen und ihm angemessene Priorität einzuräumen. Insbesondere fordern wir

- **die radikale Erhöhung der finanziellen Unterstützung für die „3 by 5 Initiative“ der Weltgesundheitsorganisation, gefolgt von der Einführung einer „6 by 7“ Folgeinitiative zur Ausdehnung der Behandlung von HIV/AIDS.¹ Zusätzlich muss die dauerhafte und vorhersehbare Finanzierung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria gesichert werden;**
- **die Einführung einer globalen Institution, die auf internationale Gesundheitsgefahren reagiert („Emergency Service Response“) und einer öffentlich verwalteten Nachschubeinrichtung für die Bereitstellung von zugänglicher und frei verfügbarer antiretroviraler Behandlung – sowie von Impfschutz, sobald dieser entwickelt worden ist;**
- **das erneuerte Engagement für die schon lange bestehenden Vision der „Gesundheit für Alle“, verbunden mit einer massiven Erhöhung der Mittel für den Wiederaufbau und die Ausweitung der Gesundheitssysteme in allen Entwicklungsländern;**
- **ein Moratorium für jede weitere Ausdehnung der Laufzeit des Pa-**

1 *“Treat 3 Million by 2005” (3 by 5)* ist die globale Initiative der Weltgesundheitsorganisation und von UNAIDS, die 2003 gestartet wurde, um antiretrovirale Therapie für drei Millionen Menschen mit HIV/AIDS in Entwicklungsländern bis zum Ende des Jahres 2005 bereitzustellen. Analog die Forderung „6 by 7“: antiretrovirale Therapie für sechs Millionen Menschen mit HIV/AIDS in Entwicklungsländern bis Ende 2007.

tentschutzes für die Pharmaindustrie und für weitere TRIPS-Regeln in bilateralen und regionalen Handelsabkommen. Kein TRIPS „plus“ Abkommen;²

- **die Einführung einer öffentlichen „3 by 5“-Initiative, um den freien und nicht-diskriminierenden Zugang zu Behandlungsmöglichkeiten zu sichern.**

9. Förderung der Unternehmensverantwortung

Transnationale Unternehmen (TNCs) sind die Haupt-Protagonisten und Nutznießer der Globalisierung. Sie werden aber nicht global zur Verantwortung gezogen. TNCs sind immer wieder in Verstöße gegen soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards verwickelt. Unternehmen und Regierungen haben auf die weithin anerkannten, negativen Auswirkungen der unternehmerischen Aktivitäten mit der Entwicklung hunderter sektoraler und firmenbezogener Verhaltenskodizes und freiwilliger „Partnerschafts“-Initiativen reagiert. Der vom UN Generalsekretär initiierte Global Compact ist das beste Beispiel für eine politische Strategie, die hauptsächlich auf die freiwillige Selbstregulierung der Industrie abzielt. Aber der Einfluss und die Auswirkungen der Aktivitäten transnationaler Unternehmen reichen weit über diese eher „weichen“ Politikbereiche hinaus. Hinter den Kulissen verfolgen manche Unternehmen und Wirtschaftsverbände weiterhin gewissenlos ihre Partikularinteressen in den „harten“ Politikfeldern. Ihre Aktivitäten haben ernste Auswirkungen auf die menschliche Sicherheit der Bevölkerung überall in der Welt. Rechtlich bindende internationale Instrumente sind daher nötig, um sicherzustellen, dass die Aktivitäten

2 Handelsbezogene Aspekte an geistigem Eigentum (*Trade Related Intellectual Property Rights*).

von TNCs im Einklang mit den weltweit beschlossenen Konventionen und Standards stehen.

Im Jahre 2003 hat die UN-Unterkommission zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte die „Normen für die Verantwortlichkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte“ verabschiedet. Sie stellen einen Meilenstein bei der Definition präziser und umfassender internationaler Rechtsprinzipien für Unternehmen dar. Sie beziehen sich auf die Menschenrechte, humanitäres Recht, internationales Arbeitsrecht, Umweltrecht, Verbraucherrecht und Anti-Korruptionsrecht.

Wir fordern die Regierungen auf sich zu verpflichten, transnationale Unternehmen gegenüber der Weltgemeinschaft und zukünftigen Generationen rechenschaftspflichtig zu machen. Insbesondere fordern wir

- die „Normen für die Verantwortlichkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte“ zu unterstützen und konkrete Schritte zur vollständigen Umsetzung dieser Normen zu unternehmen;
- ein international bindendes Instrument einzurichten, um die Transparenz von Finanzflüssen zwischen TNCs, besonders in der extraktiven Industrie, und Regierungen zu verstärken, wie es von der internationalen Kampagne „Publish what you Pay“ vorgeschlagen wird.

10. Demokratisierung des internationalen Institutionengefüges

Ein System des offenen, transparenten und zugänglichen Regierens, in dem Menschenrechte und Rechtsstaatlich-

keit respektiert werden, ist für gerechte globale Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Die Verantwortung dafür liegt - innerhalb eines rechtlichen Rahmens, der mit internationalen Abkommen und Verpflichtungen vereinbar sein muss - bei den nationalen Autoritäten. Die Anwendung nationaler Gesetze ist jedoch nicht immer ausreichend für die Verwirklichung von Gerechtigkeit. Das macht es immer notwendiger, internationales Recht zu stärken, damit Regierungen, Unternehmen und Individuen für Handlungen verantwortlich gemacht werden können, die gegen die Menschenrechte und internationale Abkommen verstoßen.

Die Legitimität unseres Systems des internationalen Regierens (*Global Governance*) steht auf dem Spiel. Globale Macht bedeutet Verantwortung und Rechenschaftspflicht derer, die sie ausüben - ob es Regierungen, Unternehmen oder Individuen sind. Dass wenige Regierungen ihre Dominanz der multilateralen Institutionen nutzen, um ihre partikularen Eigeninteressen zu verfolgen, ist nicht mehr akzeptabel - besonders wenn gerade diese Regierungen sich nicht an den Willen der internationalen Mehrheit halten. Die Reform unseres internationalen Systems des Regierens ist lange überfällig. Es muss erneuert werden, so dass die Prinzipien des Rechts und der Demokratie eingehalten werden. Die Vereinten Nationen bleiben die legitimste und repräsentativste Institution, um ein effektives System internationalen Regierens zu ermöglichen. Die Entscheidungsgewalt über globale Wirtschafts-, Währungs- und Handelspolitik liegt jedoch außerhalb der UN - bei IWF, Weltbank und WTO. Diese Trennung von den UN hat zu einem strukturellen Ungleichgewicht im Global Governance-System geführt, das wirtschaftliche Paradigmen der menschlichen Entwicklung vorzieht und auf diese Weise die in der Charta der UN festgelegten

politischen Prioritäten untergräbt. Dies muss sich ändern, so dass die UN ihre Stellung als globales politisches Zentrum wiedererlangen. Es muss auf neuen Mechanismen basieren, die effektive demokratische, transparente und verantwortliche Entscheidungsfindung sichern. Die Weltbank, der IWF und die WTO müssen in das System der UN voll eingegliedert und ihre Rollen neu definiert werden. Ihre Entscheidungsgremien müssen ebenfalls reformiert werden, um die Veränderungen in der Weltwirtschaft zu berücksichtigen.

Wir fordern die Regierungen auf, sich einer radikalen Reform des multilateralen Systems des Regierens und der Stärkung und Demokratisierung der Vereinten Nationen zu verpflichten. Insbesondere fordern wir

- den Erneuerung des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) grundlegend zu erneuern, so dass die Mitgliedschaft auf den Prinzipien der Repräsentativität, Rechenschaftspflicht und gemeinsamen Verantwortung beruht. Er sollte die höchste globale Autorität für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten sein. Seine Entscheidungen müssen durchgesetzt werden;
- die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat so umzugestalten, dass dieselben Prinzipien der Repräsentativität, Rechenschaftspflicht und gemeinsamen Verantwortung gelten;
- Weltbank, IWF und andere internationale Finanzinstitutionen zusammen mit der WTO zu reformieren, damit sie ebenfalls diesen Prinzipien gerecht werden, aber gegenüber dem reformierten Wirtschafts- und Sozialrat verantwortlich sind. Ihre Rollen sollten neu definiert werden, so dass die Weltbank zu einer Entwicklungsbank innerhalb des UN Sys-

tems wird, das Mandat des IWF sich auf die Sicherung der globalen Finanzstabilität konzentriert und die WTO sich auf die Regelung des internationalen Handels beschränkt;

- **regelmäßige, öffentliche parlamentarische Untersuchungen der Politiken und Aktivitäten der multilateralen Wirtschaftsinstitutionen und der entsprechenden Politik der nationalen Regierungen, unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft durchzuführen;**
- **die internationalen Rechtsinstitutionen zu stärken, die für die Verwirklichung globaler Rechenschaft verantwortlich sind (Internationaler Gerichtshof und Internationaler Strafgerichtshof).**

11. Einbeziehung der Zivilgesellschaft

Die Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen (*stakeholder*) ist für eine erfolgreiche Entwicklungsstrategie von zentraler Bedeutung. Das Konzept, dass Politiken und Projekte von den Betroffenen (mit)getragen und (mit) verwirklicht werden (*ownership*), erfordert die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure auf allen Ebenen. Über nationale Partizipationsprozesse sollten sich die Zivilgesellschaft bei der Identifikation, Formulierung und Durchführung von Entwicklungsstrategien beteiligen, die die spezifischen Bedürfnisse des Landes und den jeweiligen nationalen Kontext berücksichtigen. Die Regierungen müssen die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in offener und transparenter Weise auf allen politischen Ebenen unterstützen.

Der Prozess der Überprüfung der Millenniumserklärung sollte die Bedeutung

der Interaktion zwischen Regierungen und Zivilgesellschaft widerspiegeln – und zivilgesellschaftlichen Organisationen genügend Platz einräumen, um sich an diesem Prozess zu beteiligen. Sollen die Millenniumserklärung – und die MDGs – wirklich politische Bedeutung erlangen, so ist „Ownership“ und Unterstützung der Zivilgesellschaft ein entscheidender Faktor dafür. Die Zivilgesellschaft ist bereit, sich zu engagieren: Die Regierungen, die über die Überprüfung der Millenniumserklärung verhandeln, sollten zuhören und die Belange ihrer Bürger berücksichtigen. Die UN sollten Raum für diese Interaktion lassen.

Wir fordern die Regierungen auf sicherzustellen, dass die Beteiligung der Zivilgesellschaft im politischen Entscheidungsprozess – auf allen politischen Ebenen – effektiv ermöglicht wird. Insbesondere fordern wir

- **die Verpflichtung, dass nationale Beteiligungsprozesse transparent, offen zugänglich und konsistent erfolgen;**
- **Mechanismen der zivilgesellschaftlichen Partizipation bei regionalen Organisationen zu etablieren und zu stärken;**
- **Mechanismen auf Ebene der UN und anderer internationaler Organisationen zu schaffen, die die politischen Entscheidungsprozesse transparent machen und den Zugang sowohl zu den Tagesordnungen, Papieren und Berichten, als auch zu den Treffen selbst ermöglichen – die der Generalversammlung eingeschlossen;**
- **es den zivilgesellschaftlichen Organisationen zu ermöglichen, in den Räumlichkeiten der UN zu arbeiten und sich zu engagieren;**

- **einen erweiterten Treuhandfonds einzurichten, um die Partizipation der Zivilgesellschaft in Prozessen der UN zu fördern, unabhängig davon, ob dies auf regionaler Ebene oder im UN Hauptquartier geschieht;**
- **zivilgesellschaftliche Organisationen sinnvoll und effektiv bei der Vorbereitung des Gipfels im September und beim Gipfel selbst zu beteiligen. Die Legitimität und entscheidende Rolle der Zivilgesellschaft sowohl bei der Entwicklung effektiver und akzeptabler Strategien und Politiken als auch bei deren Umsetzung muss anerkannt werden.**

Schlussfolgerungen

Die Zeit für mutiges und entschlossenes Handeln ist gekommen. Weniger wäre unverantwortlich. Wir erkennen an, dass auf dem September-Gipfel und während der Vorbereitungen darauf unsere Regierungen sich mit schwierigen Entscheidungen konfrontiert sehen. Doch die Bedrohungen und Herausforderungen sind dringlicher als je zuvor. Die Mittel und Technologien existieren, um ihnen zu begegnen. Die Staats- und Regierungschefs müssen den gemeinsamen politischen Willen zum Erfolg zeigen, nicht nur indem sie sich gemeinsam einer radikalen und mutigen Agenda verpflichten, sondern auch indem sie deren Umsetzung aktiv verfolgen. Das Versagen Einiger, die ihre eigenen kurzfristigen Interessen verfolgen, statt dieser Herausforderung zu begegnen, könnte für uns alle fatale Folgen haben. Wir können es uns nicht leisten, zu versagen.

22. Juni 2005